

Mein 1968: Im abgeschotteten Mikrokosmos der Bundeswehr

Als im Jahr 1943 Geborener war ich 1968 25 Jahre alt und als Zeitoffizier bei der Bundesmarine (1965 bis 1969). 1968 fuhr unser Minensuchgeschwader im Sommer von Kiel zu einem Besuch nach Rouen in Frankreich. An Rouen habe ich nur eine Erinnerung – von meinem Kommandanten bekam ich den Auftrag, Parfüm für seine Frau zu kaufen. Hab' ich geschafft (ohne Französischkenntnisse, das Fach hatte ich nach zwei Jahren abgewählt). Und sonst – 1968? Keinerlei Erinnerung – waren wir bei der Bundeswehr so abgeschottet, dass uns die Aufregung, der Umbruch im Lande nicht erreichte?



50 Jahre '68
FR.de/die68er

Als wir unterwegs waren, marschierten die Warschauer-Pakt-Truppen im „Bruderland CSSR“ ein – wir fuhren trotzdem weiter nach Westen. Aber Studentenunruhen? Dabei war mein Geschwader doch in der Universitätsstadt Kiel beheimatet. Da soll es Ärger mit/wegen Stoltenberg gegeben haben. Nichts

erinnere ich, gar nichts. Aber dann, als ich 1969 das Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Tübingen begonnen hatte! Man sprach sich noch per Sie an! Aber in Tübingen hatte der SDS überlebt. Tübingen galt, sofern ich mich richtig erinnere, als SDS-Zentrum. Streiks gegen die Hochschulreform gab es. Im drittelparitätlich besetzten Institutsrat ver-

MEIN 1968

Dieter Hartwig, geboren 1943 in Cuxhaven. Diente nach dem Abitur von 1965 bis 1969 als Zeitsoldat in der Bundesmarine. Studierte Politikwissenschaften und Neuere Geschichte (promoviert). Ab 1977 Berufssoldat (Kapitänleutnant). Schied im Rang eines Fregattenkapitäns 1993 aus dem aktiven Dienst aus. Ab 1994 am Aufbau des Deutschen Marinemuseums in Wilhelmshaven beteiligt. Bis 2014 Geschäftsführer zweier Waldorf-Kinderärten. Verheiratet seit 1972.

In der Serie „Mein 1968“ erzählen FR-Leserinnen und -Leser, wie sie den Umbruch erlebt haben. Alle Texte der Serie sind im FR-Blog online nachlesbar. Den aktuellen Text finden Sie unter frblog.de/1968-hartwig.

trat ich die Studentenschaft – saß dort auch Theodor Eschenburg gegenüber (dass dessen Vater kaiserlicher Marineoffizier war, erfuhr ich erst viel später). Es gab das „imperative Mandat“, aber man konnte durchaus seine eigene Meinung vertreten. Die Studienordnung war sehr liberal, wovon ich durchaus gut hatte. Aber besonders in Erinnerung blieb mir eine Diskussion mit Kommilitonen über die Frage: Was machen wir beruflich mit unserem Politikwissenschaftsstudium? Da musste ich meine Berufswahl – Rückkehr zur Marine – heftig verteidigen mit der m. E. bis heute gültigen Begründung: Das Militär ist eine zu wichtige Einrichtung, als dass man es jenen überlassen dürfte, die ausschließlich das Militär kennen. Das gilt auch heute noch – denn das Pflichtstudium findet an bundeswehreigenen Universitäten, also im Militärkosmos statt. Fazit: Ja, 1968 war was. Ich habe es zwar nicht direkt miterlebt, habe davon aber profitiert. Und der „Geist von 1968“ hat mein Leben und Wirken – u. a. Geschichtslehrer in der Marine – bestimmt und tut es bis heute.

Dieter Hartwig, Kiel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

Grundgesetz als Waffe

Erwiderung auf „Keine Zukunft für Machos“, Leserforum vom 23. Juli

Es ist ja wirklich schön, wie die jungen Frauen gelobt und wertgeschätzt werden. Hier meldet sich eine alte Frau zu Wort. Wenn wir demonstrieren, wird das nicht so wahrgenommen, denn wir machen nicht so viel her. Bei Friedensdemos heißt es (abschätzig?): Immer nur die alten grauen Häupter.

Konkretes Beispiel: Bei der Einweihung der EZB 2012 in Frankfurt war ich nicht die einzige meines Alters, die über Stunden auf dem Paulsplatz eingekesselt war. Eine besonders mutige Frau älteren Semesters hielt den bis an die Zähne bewaffneten Polizisten das Grundgesetz als Waffe entgegen. Ich habe in vorderster Reihe auch schon Pfefferspray abgekriegt. Wenn man gegen das Kapital demonstriert, ist die Polizei nicht zimperlich.

Es gäbe noch viele weitere Beispiele wie Heiligendamm, Hambacher Wald usw. Ich kann mich nicht erinnern, je als Spezieles gelobt worden zu sein.
Barbara Siebert, Kerpen

Wie lange leisten wir uns solche Minister?

Externe Berater: „Expertisen für 1,2 Milliarden Euro“, FR-Politik vom 27. Juli

Wenn man sich die Politik der Bundesregierung ansieht, sind die Rekordausgaben für externe Berater, zumindest aus Sicht der Bürger, zum Fenster hinausgeworfen! Da unsere Politiker anscheinend ohnehin beratungsresistent sind, ist es nicht nachvollziehbar, warum und vor allem wofür externe Berater beauftragt werden. Geht es wie bei Verkehrsminister Scheuer darum, die von ihm eingesetzte Verkehrsministerkommission zu widerlegen? Akzeptiert der Minister nur Beratungsergebnisse, die seiner Sicht der Dinge entsprechen? Waren externe Berater involviert, als es darum ging, vorzeitig Verträge für die absehbar von der EU verbotene PKW-

Maut abzuschließen? Wenn dies so gewesen sein sollte, wurden diese Berater wahrscheinlich zusätzlich von anderer, interessierter Seite mit beauftragt (und bezahlt?). Nicht nur, dass Herr Scheuer mit 47,7 Millionen Euro, nach dem Innenministerium von Herrn Seehofer (beide zufällig von der CSU) die zweithöchsten Beraterkosten „verbrät“, nein, seine Entscheidungen könnte den Steuerzahler noch bis zu einer halben Milliarde Entschädigung an die Vertragspartner kosten.

Wie lange können und wollen wir uns solche Minister noch leisten? Dass es dem Verteidigungsministerium, das schon seit geraumer Zeit wegen exzes-

siver Ausgaben für externe Berater in der Kritik steht, nicht möglich war, Zahlen auf den Tisch zu legen, zeigt nur den desolaten Zustand, oder die Verschleierungspolitik des Verteidigungsministeriums. Wofür Herr Seehofer die 78,7 Millionen ausgegeben hat, steht in den Sternen. Vielleicht sollten die Berater beweisen, dass die Flüchtlinge sich in den Lagern in Libyen absolut wohl fühlen.

Für eine transparente Politik sollte es selbstverständlich sein, dass neben den Kosten für externe Beratung auch das Auftragsziel, nicht erst auf Nachfrage, offengelegt wird. Aber davon sind wir wohl weit entfernt.

Dieter Murmann, Dietzenbach

FR ERLEBEN

Jan Christian Müller ist zu Gast im Fußballtalk „Doppelpass“, unter anderem mit Sandro Schwarz, Cheftrainer des Fußballbundesligisten 1. FSV Mainz 05.
Sonntag, 11. August, 11 Uhr Sport1

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
Donnerstag, 5. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.
Donnerstag, 19. September, 19 Uhr Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Inhaltsleere Charismatiker

Erwiderung auf „Was soll es bringen, die SPD nach links zu rücken?“, Leserforum vom 26. Juli

Leserbriefschreiber Wolfram Siegel stellt die Frage: „Wann und mit wem hat die SPD eigentlich Wahlen gewonnen?“ Und er antwortet selbst: Wahlen würden in der Mitte gewonnen mithilfe charismatischer Persönlichkeiten.

Der Begriff „politische Mitte“ ist nichtssagend. Ähnlich übrigens wie die euphemistische Phrase Neoliberalismus. Hinter „politische Mitte“ kann sich jeder und alles verstecken. Von Nationalisten und Ausländerhasern bis zu Flower power. Von „Waffenindustrie schafft Arbeitsplätze“ bis ... Im Grunde genommen sagt Herr Siegel, Wahlen werden nicht mit Programmen gewonnen, also politischem

Inhalt, sondern mit Personen, und zwar charismatischen.

Charisma zu besitzen nützt dem Träger, weil er so seine Ziele besser durchsetzen kann. Es ist ein Werkzeug, mehr nicht. Man kann es für „falsche“ Ziele einsetzen. Von Hitler, Stalin und Pol Pot habe ich gelesen, sie seien charismatische Menschen gewesen. Sonst hätten sie ihre massenmörderischen beziehungsweise genozidalen Ziele nicht verwirklichen können. Natürlich kann jemand charismatisch und menschenfreundlich sein. Willy Brandt und Mahatma Gandhi und Martin Luther King fallen mir da ein. Selbstverständlich ist das jedoch nicht.

Die SPD war mal eine Programm-Partei. Sie hat sich politische Ziele gesetzt, für diese Ziele gekämpft. Nämlich für Solidarität, also Umverteilung von oben nach unten zum Beispiel. Und dann hat sie entweder verdient gewonnen. Oder ehrenhaft verloren. Nach Herrn Siegel sollen jetzt inhaltsleere Charismatiker das Ruder für eine inhaltsleere SPD rumreißen. Soll sie jetzt ein Kanzlerwahlverein werden? Hat sie das verdient?

Hat sie. Denn wir brauchen eine ganz neue SPD. Die vom Charismatiker Willy Brandt!

Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

Diskussion: frblog.de/nach-links

Nichts wählen

Zu: „FDP will Wahlrecht ändern“, FR-Politik vom 27. Juli

Durch die Äußerungen von Herrn Oppermann ist die Reform mal wieder Kommentargegenstand. Hier ist mein Vorschlag für eine Wahlrechtsreform auf allen Ebenen. Wichtige Details wie maximale Größe des Parlaments, Wahlkreiszuschnitte und so fort sind nicht angeführt. Es ist klar, dass bei einer Begrenzung in jedem Fall an den Grenzen der Regelungen Situationen entstehen, die Parteien, Wähler, Kandidaten u.a. als Unrecht empfinden. Das ist auch bei anderen rechtlichen Regelungen so. Mir geht es um das Prinzip:

Man sollte Wählern mehr Macht geben durch ein geändertes Wahlsystem.

1. Wählen ist Pflicht. (Eine Wahlpflicht gibt es schon in vielen anderen Staaten).

2. In der Parteienspalte wie auch in der Personenspalte gibt es ein neues Feld „Nichts“. Damit wählt man keine der genannten Bewerber.

3. Die Nichts-Stimmen werden bei der Mandats- oder Sitzverteilung mitgezählt. Ihnen werden fiktive Sitze (ohne Besoldung) zugeordnet.

Die Bestimmung von Mehrheiten für Entscheidungen bei Abstimmungen müsste neu geregelt werden.

Aus bisherigen Nichtwählern könnten so Nichtwähler werden. Die gewählten Politiker vertreten nur Wähler, die sie gewählt haben, nicht Nichtwähler. Damit würden vermutlich die Parlamente auf allen Ebenen deutlich kleiner und billiger.
Robert Seckelmann, Schwelm